

Niederschrift – öffentlicher Teil

über die 1. Sitzung des Unterausschusses „Tagesbetreuung für Kinder“ 2018
am 20.02.2018, 18.15 Uhr im Rathaus, Raum 122 (Eschenzimmer)

Teilnehmer: Sajeh Poth, Barbara Els, Georg Schell, Monika Schulenburg, Stefanie Jung, Sibylle Friedhofen, Alexander Diel, Robert Heimann, Dr. Hinrich Pich

zu Gast waren anwesend:

Jörg Kourkoulos (SPD, Vertreter des UPV)

Heike Borowski (SPD, Vertreterin des JHA)

Janani Koculan (Die Linke, Vertreter des UPV)

Martin Metz (Bündnis 90/Die Grünen, Vertreter des UPV)

Wolfgang Köhler (Aufbruch, Vertreter des UPV)

Veronika Schmock und Doreen Freund (Waldorfkinderhaus)

von der Verwaltung waren anwesend:

Ali Doğan, Rainer Gleß, Sandra Clauß, Uwe Trübenbach Silke Lehmann, Haimy Dao

Protokoll: Haimy Dao

Frau Poth begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung um 18:15 Uhr. Zu Gast waren die von den Fraktionen benannten Vertreter des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses anwesend.

TOP 1

Anträge zur Tagesordnung

Es gab keine Anträge zur Tagesordnung.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2017

Es gab keine Einwendungen.

TOP 3

Kindergartenjahr 2018/2019; Betreuungsangebot und Beantragung der erforderlichen Pauschalen

Frau Lehmann stellte die Inhalte der Vorlage vor und wies darauf hin, dass die Betreuungssituation im Einzelnen in der Tischvorlage erläutert ist. Die Betreuungssituation wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 4

Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes OGS

Frau Clauß betonte, dass die Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes OGS regelmäßig im JHA beschlossen wird. Es handelt sich hierbei um eine Verpflichtung nach dem SGB VIII.

Das dritte OGS Entwicklungskonzept wird für die nächsten fünf Jahre fortgeschrieben, und stellt den weiteren Ausbau dar. Die Planung, die bereits mit Schulen und Trägern abgestimmt wurde und zurzeit niedergeschrieben wird, wird pünktlich zum JHA vorliegen. Zudem merkte Frau Clauß an, dass sowohl Buisdorf als auch Meindorf jeweils eine dritte Gruppe bekommen werden.

Sankt Augustin ist mit 60% Versorgungsquote im laufenden Schuljahr gut aufgestellt und die Quote liegt deutlich über dem landesweiten Deckungsgrad von 43%. Die Beschlussfassung zum weiteren Ausbau soll im JHA am 13.03.2018 und im Rat am 14.03.2018 erfolgen, sodass die zusätzlichen Plätze zum kommenden Schuljahr eingerichtet werden können.

Auf die Frage von Frau Schulenburg, ob aufgrund der Änderungen der Landesregierung die Möglichkeit bestehe, die Kinder auf Wunsch der Eltern hin, bereits um ein Uhr von der OGS abholen zu können, entgegnete Frau Clauß, dass diese Möglichkeit unter der Bedingung bestehe, dass die Eltern zum Beginn des Schuljahres mitteilen müssen, dass das Kind regelmäßig früher abgeholt wird. Die Vereinbarungen sind für die Eltern verbindlich, damit gewährleistet wird, dass die pädagogische Arbeit nicht durch Bring- und Holsituationen gestört wird.

TOP 5

Einrichtung einer Großtagespflegestelle an der Ecke Eibenweg / Niederpleiser Kreisel

Zunächst erläuterte Frau Clauß die Inhalte der Vorlage. Dabei betonte sie deutlich, dass die Zuschüsse, die pro Kind gezahlt werden, nicht für die Refinanzierung des eigenen Wohnraums gedacht sind, sondern nur der Finanzierung angemieteter Räumen dienen.

Herr Schell stimmte Frau Clauß zu, dass die Einrichtung einer Großtagespflege notwendig sei, um den Rechtsanspruch zu gewährleisten. Auf die Frage von Herrn Schell erklärte Herr Gleß, dass der Zu- und Abfahrtsplan derzeit geprüft würde. Frau Clauß ergänzte dazu, dass die Fläche der Großtagespflege in dem Gebäude immer vorgesehen war. In den Beratungen mit dem Investor wurde nicht besprochen, dass das Haus größer und höher als bereits geplant wird, sondern dass diese Fläche, die ursprünglich für eine Wohnung geplant war, für eine Großtagespflege genutzt wird.

Frau Els äußerte die Frage, inwiefern die Gleichbehandlung von Großtagespflegestellen sichergestellt werden kann. Sie wies darauf hin, dass nicht alle Großtagespflegestellen finanziert werden und sich teils selbst finanzieren müssen.

Frau Clauß betonte nochmals, dass es keine Mietzuschüsse für Tagespflegepersonen geben wird, die die Betreuung innerhalb des eigenen Wohnraums verrichten. Vielmehr sollen mit der neuen Regelung diejenigen Tagespflegepersonen unterstützt werden, die zum Zwecke der Kindertagespflege extern Räume bereits anmieten oder in Zukunft anmieten werden.

Frau Jung lobte den in der Vorlage dargestellten Lösungsansatz der Verwaltung. Sie hinterfragte, inwiefern der Zuschuss von 100 € auskömmlich sei, vor allem in Bezug auf steigende Mietpreise. Weiterhin fragte sie an, für welche Dauer der Vertrag ge-

geschlossen wird und, ob dieser analog zur Regelung der Erziehungsberatungsstelle erfolgen wird.

Frau Clauß erklärte, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass der Zuschuss ausreichend ist und der Mietvertrag für die Erziehungsberatungsstelle noch in Bearbeitung sei. Der Investor habe zugesagt, dass er die gleichen Konditionen für die Großtagespflege anbieten wird.

Herr Schell fragte, ob die Anzahl der gebotenen Stellplätze ausreichend sei und bat um nochmalige Prüfung aufgrund der Verkehrssituation. Er wies daraufhin, dass er eine zeitliche Synchronisierung der Verträge für EB und Großtagespflege für sinnvoll halte.

Herr Dr. Pich hinterfragte, ob die Spielgeräte öffentlich zugänglich seien. Weiterhin wollte er wissen, ob die anderen Stockwerke städtisch genutzt werden könnten. Frau Clauß erklärte, dass die Großtagespflege eine eigene Fläche für Außenspielfläche hat. Durch ein Tor kann die Spielfläche, die für die Kinder aus den darüber liegenden Wohnungen bereitsteht, zusätzlich genutzt werden. Es handelt sich in beiden Fällen nicht um eine öffentliche Fläche.

Es wurde weiterhin erklärt, dass die anderen Geschosse dem klassischen Wohnen dienen und nicht durch die Stadt genutzt werden.

TOP 6

Einrichtung einer Kita am Niederpleiser Kreisel

Herr Doğan fasste die Inhalte der Vorlage zusammen. Zudem ergänzte er, dass die Verkehrssituation wegen der Bring- und Abholfahrten der Kinder eine bekannte Herausforderung darstellen wird. Diese Herausforderung kann und wird bewältigt werden, da keine alternativen Flächen in Niederpleis zu realisieren sind.

So dieser Unterausschuss seine Zustimmung zu dem Projekt signalisiert, wird eine Bürgerinformationsveranstaltung zu diesem Projekt am 26.02.2018 mit dem Ortsvorsteher, der Politik und den beiden Dezernenten in Niederpleis stattfinden.

Herr Gleß fügte hinzu, dass vor ca. acht Jahren auf dem Grundstück ursprünglich ein Verbrauchermarkt geplant war. Diese Planung wurde aufgegeben und ein anderes Grundstück wurde hierfür gefunden. Das Grundstück böte günstige Voraussetzungen, denn die Stadt Sankt Augustin ist Eigentümer des Grundstücks und ein weiteres Grundstück muss nicht hinzu gekauft werden. Das Grundstück liegt nicht im Landschaftsschutzgebiet. Der Baumschutz wird beachtet werden. Für die Lösung der Verkehrssituation gibt es verschiedene Ideen. Herr Gleß merkte an, dass eine vernünftige Lösung hierfür gefunden werden wird, da diese Problematik nicht zum ersten Mal besteht. Inwiefern der Jakob-Fußhöller-Platz als zusätzlicher Stellplatz für die Eltern dienen wird, ist noch in Klärung.

Herr Dr. Pich stellte die Frage, wer für den Bau des Grundstücks zuständig wäre, ob dies ein Investor oder die Stadt übernehmen würde und was mit der Freien Buschstraße geschehen wird. Frau Clauß erwiderte, dass bei diesem Grundstück das Investorenmodell angewendet wird und dementsprechend eine Ausschreibung für das Gebäude erfolgen wird. Bezüglich der Freien Buschstraße wurde bereits ein Nachnutzungskonzept beschlossen. Eine Dreiteilung der Liegenschaft ist hierfür vorgesehen, der denkmalgeschützte Altbau soll als Bürgerhaus für Gemeinwesenarbeit dienen, benachbart soll eine zweigruppige Kita als Ersatzbau für die Kita Haus Kunterbunt e.V gebaut werden. Darüber hinaus bleibt eine zu vermarktende Fläche für den Bau eines Geschäftshauses.

Herr Pich fragte im Anschluss, ob die Kita Haus Kunterbunt von einer eingruppigen auf eine zweigruppige Kita aufstocken wird. Frau Clauß bestätigte dies und wies daraufhin, dass der Rat und der JHA dies bereits im März 2016 beschlossen hatten.

Herr Köhler fragte nach der Zufahrtssituation und verglich die Planung mit der damaligen Planung der Zufahrt zum Nahversorger. Herr Gleß erwiderte, dass die Zufahrtssituation für die neue Kita viel unproblematischer sei, da es sich um deutlich weniger PKWs handeln wird. Herr Doğan fügte hinzu, dass im Betrieb mit den Eltern vereinbart werden kann, dass in der Nähe geparkt wird und der restliche Weg zu Fuß erfolgt. Eine vergleichbare Situation gibt es bereits in der Wehrfeldstraße. Frau Friedhofen, die Trägervertreterin einer der drei Angebote in der Wehrfeldstraße, konnte dies bestätigen.

Herr Metz unterstrich die Notwendigkeit einer Lösung für die Bring- und Holsituation. Zudem fragte er, ob es sich bei diesem Grundstück um das Grundstück handelt, welches für ein potentielles Feuerwehrhaus gedacht war. Herr Doğan bestätigte dies und entgegnete, dass dies aktuell nochmal mit den Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr in Niederpleis erörtert wurde. Im Jahre 2012 wurden zwei Hallen für Großfahrzeuge geschaffen. Im Jahre 2018 wurden die Umkleideräume erweitert und Stellplätze für zwei Großfahrzeuge und zwei Unterstützungsfahrzeuge eingerichtet. Ein Standortwechsel des Feuerwehrhauses in Niederpleis ist nicht erforderlich.

Herr Schell stimmte zu, dass dringend ein Grundstück für eine weitere Kita gebraucht wird und eine Lösung für den Bring- und Holverkehr gefunden werden muss. Bezüglich des geplanten Feuerwehrhauses merkte er an, dass die Feuerwehrfahrzeuge mit der Zeit größer werden und falls der jetzige Standort des Feuerwehrhauses in Niederpleis nicht ausreichen sollte, eine Lösung gefunden werden muss. Daraufhin erwiderte Herr Doğan, dass nach der Aktualisierung des Brandschutzbedarfsplans der entsprechende Gutachter keine mittelfristige Veränderungsnotwendigkeit für Niederpleis vorsieht.

Herr Pich merkte an, dass aufgrund des Berufsverkehrs an dem Kreisverkehr eine Ampel angebracht werden sollte, da dort zurzeit nur ein Zebrastreifen vorhanden ist. Herr Gleß antwortete, dass dies nicht möglich sei. Frau Friedhofen merkte an, dass die Eltern sehr kooperativ und mitwirkungswillig sind und die Verkehrsproblematik somit nicht unmöglich wäre zu lösen.

TOP 7

Einrichtung einer Kita in Sankt Augustin Ort

Frau Lehrmann stellte die Vorlage vor. Herr Doğan ergänzte, dass die in der Großenbuschstraße zurzeit untergebrachten Geflüchteten anderweitig untergebracht werden können. Der Eigentümer der Großenbuschstraße ist mit der anderweitigen Nutzung einverstanden.

Herr Gleß fügte hinzu, dass die Erschließungssituation bei diesem Grundstück einfacher zu realisieren ist. Zudem muss Planungsrecht geschaffen werden, der Flächennutzungsplan muss darüber hinaus auch geändert werden.

Herr Schell fragte, ob das gesamte in gelbmarkierte Grundstück auf dem Bild in der Anlage für die Kita genutzt wird. Herr Gleß bestätigte dies. Außerdem fragte Herr Schell, ob das Grundstück nach Schadstoffen untersucht werden muss. Herr Gleß bestätigte dies.

Nach vorliegenden Erkenntnissen geht die Stadt davon aus, dass dieses Grundstück bedenkenlos genutzt werden kann.

Herr Metz unterstrich die Notwendigkeit der Untersuchung von Altlasten, dass dies nicht erst in der Bebauungsphase erfolgen sollte, sondern bereits vor der Planung, damit diese auf eventuelle Altlasten abgestimmt werden können.

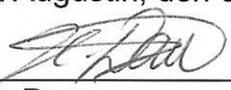
Herr Heimann fragte, ob es bereits potentielle Träger für die neue Kita gibt, die in Frage kommen. Frau Clauß antwortete, dass die Trägersuche erst nach dem Beschluss über den Standort erfolgen wird.

Auf die Frage von Herrn Dr. Pich, ob für die Auswahl eines Investors eine Ausschreibung wie in Niederpleis erfolgen wird, erwiderte Frau Clauß, dass dies noch zu klären ist. Aufgrund des derzeitigen Fachkräftemangels stellte Frau Poth die Frage, wie das Personal für eine 6-gruppige Kita zu gewinnen ist. Frau Clauß merkte an, dass es neben dem Fachkräftemangel vielfältige andere Herausforderungen gibt, wie beispielweise die geringe Anzahl an geeigneten Grundstücken, der Fachkräftemangel in der Verwaltung. Die Stadt muss sich der Situation stellen und geeignete Lösung finden. Dies ist eine Herausforderung, die alle Kommunen zurzeit zu bewältigen haben. Frau Lehrmann ergänzte, dass die Personalproblematik in der neuen Kita Im Rebhuhnfeld ebenfalls bewältigt wurde.

Herr Heimann fragte, wann der Plan in etwa zu realisieren wäre. Darauf antwortete Herr Gleß, dass dies noch nicht konkret beantwortet werden kann und sich Näheres erst in drei bis vier Monaten ergeben wird.

Hiernach beendete Frau Poth die öffentliche Sitzung um 19:35 Uhr, verabschiedete sich von den anwesenden Gästen und leitete zum nicht öffentlichen Teil der Sitzung über.

Sankt Augustin, den 02.03.2018

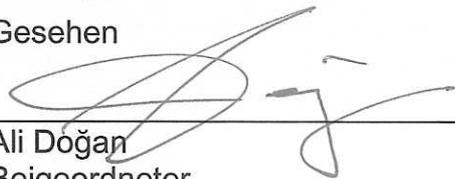


Haimy Dao
Schriftführerin



Sajeh Poth
Vorsitzende

Gesehen



Ali Doğan
Beigeordneter